

zurückgestellt

## Stadtverordnetenversammlung

Landeshauptstadt Potsdam

## Antrag neue Fassung 09/SVV/0271

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

Betreff:						öffentlich					
Sicherheitspartnerschaft am Schlaatz											
Einreicher: Fraktion DIE LINKE						Erstellungsdati		um <b>05.05.200</b> 9			
						Eingang 902:		05.05.2009			
Beratungsfolg	e:						Empfe	hlung	Entscheidung		
Datum der Sitzun	g	Gremium									
01.04.2009 29.04.2009	Stadtverordneten Hauptausschuss	versammlun	g der Lande:	shauptstadt Pots	dam				х		
Beschlussvorschlag:											
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:											
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Berichtes über die vorhandenen Aktivitäten zur Stabilisierung der öffentlichen Sicherheit im Stadtteil Am Schlaatz zu prüfen, wie die Bildung einer Sicherheitspartnerschaft unterstützt werden kann.											
Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im September 2009 darüber zu informieren.											
gez. Dr. Scharfenberg											
Fraktionsvors	itzender										
Unterschrift							Ergebniss	rgebnisse der Vorberatungen auf der Rückseite			
Entscheidun	gsergebnis										
Gremium:						Sitzung am:					
einstimmig	mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung		überwiesen in den A	Ausschus	<b>3</b> :			
Lt. Beschlus	=		nluss abgeleh	nt							
abweichender Beschluss DS Nr.:						Wiedervorlage:					

zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:									
Klimatische Auswirkungen:									
Finanzielle Auswirkungen?		Ja		Nein					
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)									
				ggf. Folgeblätter beifügen					

## Begründung:

Am Schlaatz sind in der Vergangenheit immer wieder Zwischenfälle aufgetreten, die Ordnung und Sicherheit einschränkten, so z. B. die wiederholten Brandstiftungen und Zerstörungen im Integrationsgarten. Mit der Ansiedlung des Asylbewerberheims ergeben sich auch neue Erfordernisse zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Da bereits seit längerem Überlegungen zur Bildung einer Sicherheitspartnerschaft am Schlaatz geäußert werden, sollte der Oberbürgermeister unterstützend und befördernd wirken.